

PROJEKTVORSTELLUNG

„INKLUSIVE WOHNFORMEN“

AUSSCHUSS FÜR FAMILIE UND SOZIALES FRANKENTHAL

Gliederung

- Projektkonzeption und Forschungsdesign
- Erste Erkenntnisse
- Ausblick und Weiterentwicklungsperspektiven für die Kinder- und Jugendhilfe

Projektrahmen „Inklusive Wohnformen“



3

- **Projektträger:** Diakonissen Speyer-Mannheim
- **Förderung:** Aktion Mensch
- **Laufzeit:** 10/2018 - 09/2021
- **Beteiligte Kommunen:** Stadt Frankenthal, Stadt Ludwigshafen, Rhein-Pfalz-Kreis, Stadt Speyer

Zum Projekthintergrund

4

Artikel 19 UN-BRK - Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft

- gleiches Recht aller Menschen mit Behinderungen, mit gleichen Wahlmöglichkeiten wie andere zu leben
- ergreifen von wirksamen und geeigneten Maßnahmen, um dieses Recht umzusetzen
- gleichberechtigte Möglichkeit von Menschen mit Behinderungen haben, ihren Aufenthaltsort zu wählen und zu entscheiden, wo und mit wem sie leben
- Zugang zu gemeindenahen Unterstützungsdiensten schaffen und Maßnahmen zur Einbeziehung in die Gemeinschaft sowie zur Verhinderung von Isolation und Absonderung ergreifen
- Öffnung und Weiterentwicklung gemeindenaher Dienstleistungen und Einrichtungen für die Allgemeinheit für Menschen mit Behinderungen

Zum Projekthintergrund

5

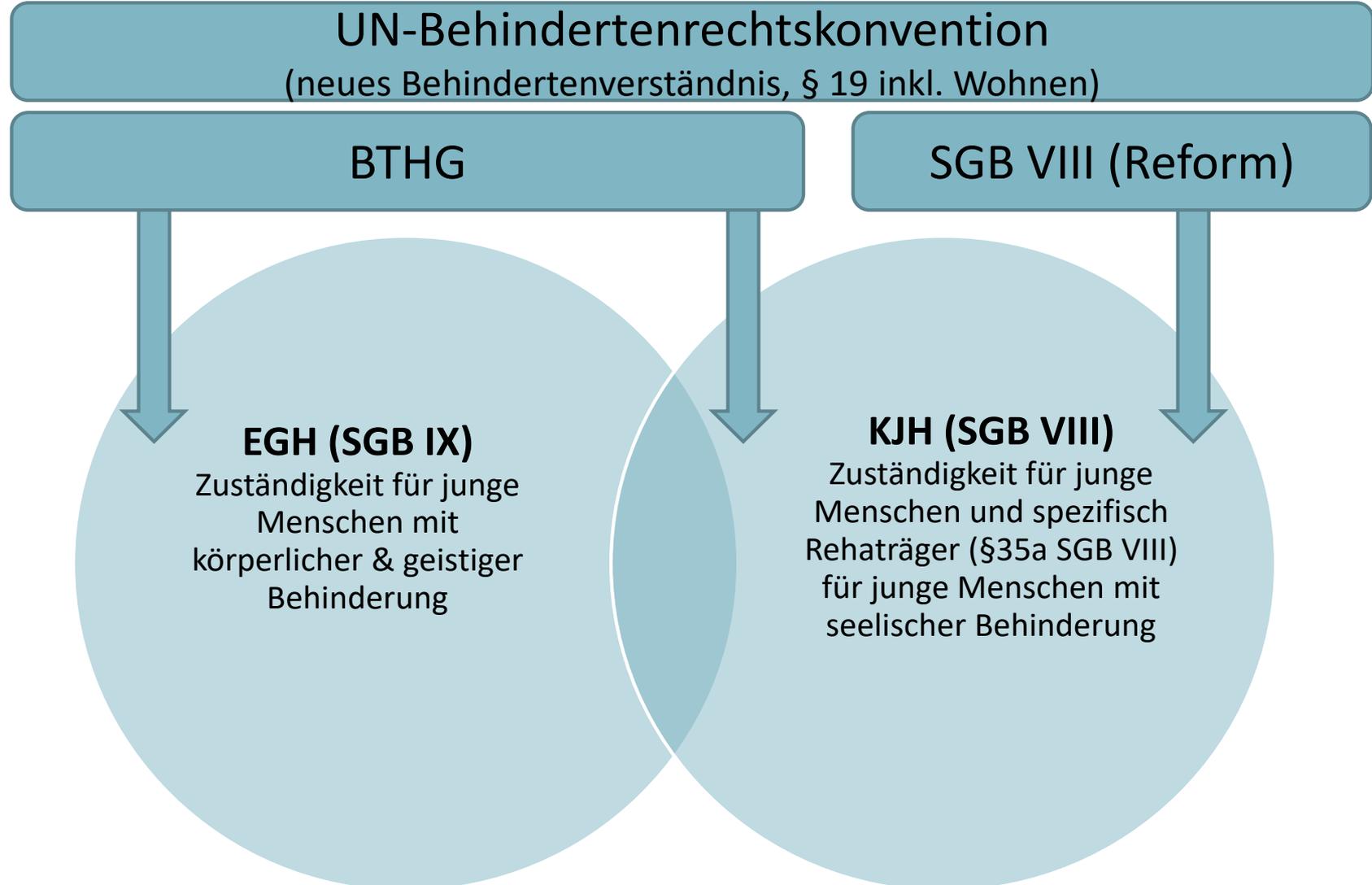
Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (**Bundesteilhabegesetz BTHG**)

- Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe zu modernem Teilhaberecht (UN-BRK - Paradigmenwechsel von Fürsorgeprinzip zur selbstbestimmten Teilhabe)
- Leistungen „aus einer Hand“ (Vermeidung von Zuständigkeitskonflikten, Zeitintensivität in der Aushandlung, Dopplungen)
- Trennung existenzsichernder Leistungen von Leistungen der EGH
 - Bewohner*innen werden Mieter*innen
 - „Auflösung“ stationärer Einrichtungen zu besonderen Wohnformen
 - Stärkung des inklusiven Wohnens (ehemals ambulantes Wohnen)
- Ausführungsgesetz BTHG in RLP:
 - Landkreise und kreisfreie Städte Träger der EGH für u18 Jährige; KJH Träger für junge Menschen mit seelischer Behinderung (kommunale Gesamtzuständigkeit U18)

Zum Projekthintergrund

Dualismus der Eingliederungshilfe

6



Zielsetzungen des Projektes

7

- Förderung und Unterstützung unabhängiger Lebensführung durch Angebots(weiter)entwicklung unter dem Fokus Wohnen
- Entwicklung einer (Inklusive) Übergangsplanung und -gestaltung für junge Menschen/ Erwachsene mit langfristigem/ dauerhaftem Unterstützungsbedarf im Bereich des Wohnens
- konzeptionelle, organisatorische und rechtskreisübergreifende Angebotsentwicklung → explorativ!
- Stärkung der Beteiligung der jungen Menschen/Erwachsenen
- Entwicklung entsprechender Planungs- und Steuerungsstrukturen

Zielgruppe des Projektes

8

- 14-25 Jährige, die langfristig/dauerhaft Begleitung/unterstütztes Wohnen benötigen
- fokussiert werden Fälle, bei denen Umbrüche aufgrund von Systemwechseln erwartbar sind
- Berücksichtigt werden alle jungen Menschen im Zuständigkeitsbereich der projektbeteiligten Jugend- und Sozialämter sowie junge Menschen, die weder in der jugendhilferechtlichen noch sozialhilferechtlichen Zuständigkeit bedarfsgerechte Betreuungs- und Unterstützungsangebote erhalten („Grenzgänger“)

Projektverlauf

9

Bedarfsanalyse und Begleitung der Konzeptionierungsphase

- Durchführung Fachgespräch und Fallwerksatt
- Interviews und Fallanalysen mit AdressatInnen
- Durchführung eines Strategiegesprächs Wohnen



Begleitung und Evaluation der Umsetzung

- Durchführung prozessbegleitender Workshops (Schnittstellenworkshops Jugend- und Eingliederungshilfe sowie trägerinterner Entwicklungsprozess)
- Erstellung von Arbeitspapieren zu konzeptrelevanten Aspekten
- Durchführung eines Evaluationsworkshops mit AdressantInnen

Erste Erkenntnisse aus den verschiedenen Zugängen

Erkenntnisse bedarfsgerechte Angebote

11

- Bedarf an kleinen Wohngemeinschaften/Einzelwohnungen mit enger Begleitung
- Begleitung, die Alltagsstrukturierung, Schutzraum bei gleichzeitiger Befähigung sowie soziale Integration unterstützt
- Begleitung, die Pflege und Medikamentierung bei Bedarf sichert
- Räumliche Nähe zur Familie und bestehenden sozialen Bezügen berücksichtigt
- Räumlich nahe Anbindung an Arbeits- bzw. Praktikumsmöglichkeiten (kurze Wege, Auszeiten nach Arbeitsphasen ermöglichen etc.) hat

Erkenntnisse bedarfsgerechte Angebote

12

- Bedarf an Gastfamilien/Lebensgemeinschaften, die längerfristig Bindung, Zugehörigkeit und Sicherheit geben können und „Besonderheiten“ aushalten
- Bedarf an Wohnangeboten für junge Menschen, die sowohl über die Jugendhilfe als auch Eingliederungshilfe ohne Wechsel leben können

Erkenntnisse zu Verfahren

13

- Diagnostische Zugänge im Sinne des Fallverstehens gilt es zu stärken
- Entwicklung neuer Instrumente, die dem erweiterten Behinderungsbegriff gerecht werden
- Verstärkte fallbezogene Konkretisierung, welche Auswirkungen die Diagnose(n) auf den Alltag und daraus resultierende Anforderungen an Hilfesettings haben
- Notwendigkeit in mindestens halbjährlichen Abständen mit den Adressatinnen im Gespräch zu ihren Bedarfen und Wünschen zu sein

Erkenntnisse

Planungs- und Kommunikationsstrukturen

14

- Braucht interdisziplinäre Zugänge und Orte des Fallverstehens und der Fallreflexion
- Notwendigkeit gemeinsamer Fallberatungen von Jugend- und Sozialhilfe
- Kooperation und Koordination unterschiedlicher Leistungserbringer
- Braucht stärkere Beteiligung der AdressatInnen
- Braucht strukturiertes Übergangsmanagement
- Braucht mittel- und langfristige Strategien zur Wohnraumschaffung
- Gesellschaftlicher Kontext muss neben individuellen Lösungen auch weiterentwickelt werden

15

Weitere Schritte im Projekt

Entwicklungsperspektiven

16

- Kommunale Workshops zur Stärkung der Kooperation Kinder-/Jugendhilfe und Eingliederungshilfe
- Trägerbezogene Entwicklungsprozesse zur Weiterentwicklung inklusiver Angebote
- (Weiter-)Entwicklung kommunaler Planungs- und Steuerungsverfahren von Kinder- /Jugendhilfe und Eingliederungshilfe
- (weitere) strategische Gespräche mit Wohnbauträgern
- Konzeptionelle Bündelung der Erkenntnisse

VIELEN DANK FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT!

Bei weiteren Fragen können Sie uns gerne
kontaktieren:

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (ism)
Flachsmarktstr. 9
55116 Mainz
Tel: 06131 - 240 41 - 10
Fax: 06131 – 240 41 50
www.ism-mz.de